

Supernationalität, Nationalismus und regionale Autonomie : Erfahrungen des schweizerischen Bundesstaates - Perspektiven der europäischen Gemeinschaft

Autor(en): **Siegenthaler, Hansjörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **1 (1994)**

Heft 3

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-5224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SUPRANATIONALITÄT, NATIONALISMUS UND REGIONALE AUTONOMIE

ERFAHRUNGEN DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESSTAATES – PERSPEKTIVEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

HANSJÖRG SIEGENTHALER

Die Schweiz gehorcht seit der Annahme der Bundesverfassung von 1848 einem System politischer Spielregeln, das die Gliedstaaten, d. h. die 22 Kantone, im Grundsatz der Autorität einer zentralen Instanz unterwarf und das im Lauf weniger Jahrzehnte zur Folge hatte, dass über wesentliche Bereiche staatlicher Aktivität auf der Ebene des Bundes entschieden worden ist und intermediäre Organisationen, insbesondere die Wirtschaftsverbände, etwas zögerlicher auch die politischen Parteien, die intraorganisationellen Prozesse der Willensbildung und den Einsatz ihrer Ressourcen auf diese Ebene des Gesamtstaates konzentrierten. Zwar hielt man an der Rede von der «Souveränität der Kantone» im staatsrechtlichen Diskurs noch fest, aber weithin hat sich dem Bewusstsein der politisch massgeblichen Personengruppen das Faktum aufgeprägt, dass Bundesrecht Kantonsrecht brach. Fortschreitende Kodifizierung auf Bundesebene und Modernisierung des Obligationen-, Zivil- und Strafrechts hat regionales Sonderrecht allmählich verdrängt. Spielräume formaler und faktischer Autonomie der Kantone hat die Bundesverfassung nicht gewährleistet, sondern bloss stillschweigend respektiert: eben dadurch, dass sie sich über gewisse Bereiche des öffentlichen Lebens ausschwig und so die Deckung des Regelbedarfs und die Produktion öffentlicher Güter zum Teil, zum nicht geringen Teil, den Kantonen überliess; das Schulwesen blieb im wesentlichen Kantonssache bis heute, und über den Grossteil des Aufkommens an direkten Steuern wird teils auf Kantons-, teils auf Gemeindeebene entschieden. Wenn dem Bund die Kompetenzkompetenz der Revision der Zuständigkeiten zukommt, so bleibt doch festzuhalten, dass die Willensbildung auf Bundesebene den Entscheidungen der Kantone Rechnung trägt und dass bedeutsame Bestände an faktischer Autonomie der Kantone und der Gemeinden jenseits der Grenzen dessen angesiedelt bleiben, was überhaupt zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung gemacht wird. Die Jurafrage hat überhaupt erst wieder zum Bewusstsein gebracht, dass man die territoriale Gliederung des Landes an sich ja in Frage stellen könnte; sonst besitzen Kantons- und Gemeindegrenzen die Selbstverständlichkeit von Eiger, Mönch und Jungfrau. Während jede englische Regierung, die etwas auf sich hält, das «local government» in seiner Struktur radikal revidiert, gehört das schweizerische «local government» zu solchen Gegebenheiten, die sich nicht allein der politischen Aus-

einandersetzung, sondern schon der politischen Thematisierung entziehen. So gibt es denn in der Schweiz die Realität der lokalen und der regionalen Autonomie durchaus trotz der Tatsache, dass Souveränität alleine der legislativen Instanz des Bundes zukommt.

An diese Tatbestände institutioneller Regelungen und mentaler Strukturen richtet sich nun die doppelte Frage, inwiefern der schweizerische Bundesstaat im Prozess seiner Entstehung die historisch gewachsenen Gliedstaaten als kleine «Nationen» supranational überdacht oder auf neuer Ebene zur schweizerischen «Nation» verschmolzen hat, und in welchem Sinne und aus welchen Gründen schweizerischer «Nationalismus» zur Konstitution und zur Kohärenz des Gesamtstaates beigetragen und Mass und Charakter regionaler Autonomie beeinflusst hat. Unsere Überlegungen werden uns zum Ergebnis führen, dass die Kohärenz des Staatswesens in quasinationalistischen Dispositionen der Eidgenossenschaft des frühen 19. Jahrhunderts ebenso die Grundlage besass wie die hartnäckige Persistenz faktischer regionaler Autonomie: Gerade weil der Bundesstaat zur «Nation» geworden ist, hat er sich ein hohes Mass an regionaler und lokaler Autonomie leisten können. Kohärenz und Entscheidungsfähigkeit des Bundes waren und blieben im föderalistischen Staatswesen an die mentalen Ressourcen des Nationalismus gebunden. – Um eine Konsequenz vorwegzunehmen, die eine solche Sicht der Dinge zu ziehen nahelegt: Die Geschichte der Schweiz hält im Blick auf Konsolidierungsprobleme der EG höchstens in dem Sinne eine Lehre bereit, als sie auf Bedingungen aufmerksam macht, an die föderalistische Institutionen im handlungsfähigen Gesamtstaat gebunden sind. Wir stellen der Begründung dieser These einige begriffliche Festlegungen und ein paar Anmerkungen zu unseren theoretischen Prämissen voran.¹

Die «Nation» ist zunächst ein soziales Gebilde, das als mentales Konstrukt entworfen wird und in geschichts- und klassenübergreifenden kommunikativen Prozessen der Intersubjektivierung für massgebliche Gruppierungen einer Gesellschaft handlungsleitende Bedeutung erlangt. Zur «Nation» als einem mentalen Konstrukt gehört die Definition von Merkmalen der Zugehörigkeit und der Abgrenzung nach aussen, wobei diese Definition im «Nationalstaat» der Neuzeit auf territoriale Grenzen Bezug nimmt. Unabhängig von institutionellen Fixierungen neigt das mentale Konstrukt «Nation» zur Dauer. – Diesem sehr formalen Begriff der «Nation» möchten wir zusätzliche Trennschärfe erst verleihen, wenn wir uns über Gründe Rechenschaft abgelegt haben, die für Entstehung und Virulenz des mentalen Konstrukts «Nation» verantwortlich gemacht werden könnten. Ohne theoretische Reflexion verfällt man in der Analyse der «Nation» recht hilflos dem nationalistischen Diskurs und liefert sich genau jenen mentalen Konstrukten aus, die die

118 ■ jeweils konkrete historische «Nation» ausgemacht haben oder ausmachen. Man

möchte gewiss keine nationalistische Geschichtsschreibung betreiben nur deshalb, weil man die «Nation» als Gegenstand der Geschichte wieder neu entdeckt. So rückt man zunächst radikal von all jenen Versuchen ab, die «Nation» mit vermeintlichen Realien der Sprache, der Symbolsysteme überhaupt, der Ethnie oder ähnlicher Sachverhalte zu assoziieren. Das Faktum, dass in bestimmtem historischem Kontext das mentale Konstrukt der Nation an Sprache zum Beispiel festgemacht wird, kann uns nicht dazu verleiten, dies in eine Definition von «Nation» aufzunehmen. Vielmehr haben wir eine theoriegeleitete Erklärung für jene freilich geschichtsmächtige Tendenz zu finden, die Sprachgemeinschaft als Nation zu modellieren.

Nationen entstehen im Kontext fundamentaler Unsicherheit. Sie bemächtigen sich als mentale Konstrukte im Kontext der Unsicherheit der Geister leichter, als sie es sonst tun. Genauer: Im Kontext fundamentaler Unsicherheit verfallen mehr Menschen als sonst dem Konstrukt der Nation, wächst die Zahl der Leute, für die das Konstrukt zum Bestandteil ihrer individuellen kognitiven Strukturen wird. Dies die These, von der unsere Überlegungen ihren Ausgang nehmen und die sie zu begründen versuchen.²

In theoretischer Zuspitzung lassen sich dem Kontext fundamentaler Unsicherheit gewisse Merkmale zuordnen, von denen ich hier nur die für die Genesis der Nation relevanten anspreche. Fundamentale Unsicherheit, die wir ex definitione nicht an der Umwelt des individuellen Aktors, sondern an seiner Person festmachen, bedeutet zunächst Mangel an Selbstverständlichkeit, mit der der Aktor die Regeln seines Umganges mit Information handhabt, d. h. die Regeln der Selektion, der Klassifikation und der Interpretation von Informationen. Ein solcher Mangel an Regelvertrauen impliziert die Unfähigkeit des Aktors, die Konsequenzen gegenwärtigen Handelns abzuschätzen und Bezüge zwischen dem Einsatz verfügbarer Ressourcen und für die Zukunft erwartbarem Nutzen herzustellen. Zum Problem wird damit auch die Interessenlage des Aktors. Im Kontext fundamentaler Unsicherheit verschwimmen mit kognitiven Regelsystemen die Interessendefinitionen, so dass weder individuelles noch kollektives Handeln an solche Definitionen anschließen kann. In diesem Sinne entfällt die Möglichkeit rationalen Handelns im Sinne der Zweckrationalität der Ökonomie.³

Wenn diese Rationalität entfällt: Lassen sich über individuelles oder kollektives Handeln im Kontext fundamentaler Unsicherheit gleichwohl noch generalisierende Aussagen machen?

Die erste der möglichen Aussagen interessiert hier nur deshalb, weil sie sich so vorzüglich dazu eignet, den Kontext fundamentaler Unsicherheit zu identifizieren. Individuelle Aktoren unterlassen alles, was zu irreversibler Festlegung verfügbarer Ressourcen führt; insbesondere vermeiden sie Kapitalbildung. Die zweite mögliche Aussage führt an die Erklärung jener Prozesse der Intersubjektivierung des menta-

len Konstrukts «Nation» dagegen schon dicht heran. Verbale Kommunikation gewinnt im Kontext der fundamentalen Unsicherheit Züge verstehens- und verständigungsorientierter Rede und Gegenrede, und dies nicht etwa deshalb, weil irgend jemand dies für nützlich hält, für zweckmässig im Hinblick auf Zwecke, die sich ausserhalb des Gesprächs befinden, sondern darum, weil eine andere Form der Kommunikation unter Bedingungen fundamentaler Unsicherheit nicht möglich ist. Strategische Rede macht unter solchen Bedingungen keinen Sinn; um es noch pointierter zu sagen: es wäre völlig unökonomisch, unter Bedingungen fundamentaler Unsicherheit, Einfluss auf den Gang der Ereignisse nehmen zu wollen, und sei es bloss auf den Gang des Gesprächs. Die Mitmenschen zu belügen ist reine Ressourcenverschwendung, solange unklar bleibt, was die Lüge bewirkt. Doch bleibt es immerhin zweckmässig für viele, sich auf Gespräche einzulassen, wenn diese genau das leisten, was nottut: nämlich Voraussetzungen zweckrationalen Handelns erst wieder herzustellen, in verstehens- und verständigungsorientierter Rede neues Vertrauen in alte und neue Denkmuster einzuüben.

Wenn solche Gespräche im Kontext fundamentaler Unsicherheit keinem zweckrationalen Kalkül unterworfen sind: Was denn sonst als dieses Kalkül steuert sie in bestimmte Richtung, nimmt ihrem Ausgang die vollkommene Beliebigkeit? Dies scheint mir die ergiebigste Frage von allen zu sein. Gesellschaften bzw. das Tun und Denken ihrer individuellen Akteure werden im Kontext fundamentaler Unsicherheit ebenso unberechenbar für den zeitgenössischen Beobachter wie im Prinzip kaum erklärbar für den spätgeborenen Historiker; Offenheit scheint zu den Charakteristika des historischen Prozesses im Kontext fundamentaler Unsicherheit zu gehören. Doch hat diese Offenheit in verständigungsorientierter und verstehensorientierter Kommunikation gewisse Grenzen. Ich möchte diese *Kommunikation als ein Selektionsspiel auffassen, als einen Trial-and-Error-Prozess*, in dem man den Gesprächspartnern Vorschläge unterbreitet, auf Probe, Interpretationsvorschläge zum Beispiel, auf Zustimmung hoffend vielleicht, aber bereit, die Vorschläge zurückzuziehen, wenn sie keine Resonanz finden. In diesem Selektionsspiel dürften all jene Dinge, die an gemeinsame Bestände von Erfahrung, von Geschichte anschliessen, privilegiert sein, wenn auch in höchst prekärer Weise. Denn im neuen Gespräch wird alte Erfahrung ebenso zum Gegenstand neuer Interpretation, wie sie Grundlage solcher Interpretation sein kann. Immerhin treibt es gewissermassen auf solche Erfahrung zu. Die Geschichte zieht dann das Gespräch in sich hinein wie das schwarze Loch die Energie.

Mit welchem Gewinn? Äusserste Skepsis ist hier wohl angebracht gegenüber all jenen nicht ganz unbeliebten Vorstellungen, man erwerbe in der Gemeinschaft Gleichgestimmter durch Rückbesinnung auf geteilte Erfahrung problem- und situationsgerechte Orientierungen, die man im Blick auf die Probleme etwa der Modernisierung einer Gesellschaft für funktional halten könnte. Wenn im Gespräch

geteilte Erfahrung verfügbar wird, dann steht damit ja noch nicht fest, in welcher Weise solche Erfahrung in handlungsleitende Deutungen der Lage und der Zukunft umgesetzt wird. Es ist schwierig, aus der Erfahrung für die Gegenwart zu lernen. Der Wissenschaft fällt dies bekanntlich sehr schwer; die Erfahrung verhilft zwar zur Falsifikation obsolet gewordener Hypothesen, aber den Entwurf neuer handlungsleitender Deutungen steuert sie damit noch nicht. Im Selektionsspiel des verstehens- und verständigungsorientierten Gesprächs haben problem- und situationsgerechte Deutungen a priori keine erhöhten Durchsetzungschancen. Die klassisch funktionalistische Sicht der Dinge greift daher zu kurz. Gewinne eines solchen Gesprächs betreffen wohl in erster Linie die Gesprächsfähigkeit der Teilnehmer, ihre Ansprechbarkeit, ihre Mobilisierbarkeit. Indem Erfahrungs- und Traditionsbestände für viele verfügbarer werden und erneut die Geltung des Selbstverständlichen erlangen, können sich Rede und Gegenrede auf Vertrautes beziehen. Und wenn Rede und Gegenrede die Bestände an Vertrautem überziehen, den Gesprächspartner Unvertrautes zumuten, dann trifft dies auf Menschen, die auch dem Unvertrauten Sinn unterstellen, die sich der Mühe unterziehen, solchen Sinn in einem Akt konstruktiver Interpretation zu erschliessen. Man wäre somit keineswegs überrascht, im Diskurs kommunikativ vernetzter Personenkreise unter Bedingungen fundamentaler Unsicherheit auf beides zu stossen: auf die Artikulation neu verfügbarer und weithin geteilter Traditionsbestände und auf inhaltlich/sprachliche Konstrukte durchaus innovativer Interpretation von Gegenwart und Zukunft. Dabei verleihen die Traditionsbestände den innovativen Interpretationen erhöhte Durchsetzungschancen, ohne sie materiell zu prägen. Die innovativen Interpretationen verhalten sich zu den Traditionsbeständen kontingent.⁴

Was sich im Kontext fundamentaler Unsicherheit als spezifische Kommunikationsfähigkeit bestimmter Personenkreise ausbildet, schafft Abgrenzung: zwischen Menschen, die an dieser spezifischen Kommunikationsfähigkeit teilhaben, und solchen, die das nicht tun. Diese Abgrenzung ist erfahrbar, sie gelangt zum Bewusstsein, über sie lässt sich reden, von ihr lässt sich sagen, dass sie in spezifischer Kommunikationsfähigkeit ihre Ursache hat. Nationen können sich als Kommunikationsgemeinschaften begreifen, und so überrascht es gewiss nicht, wenn sie sich als Sprachgemeinschaften in erster Linie definieren. Aber zwingend ist dies keineswegs. Soll man wirklich annehmen, dass konventionell definierte Sprachen für Kommunikationsfähigkeit konstitutiv seien? Ist es im Kontext fundamentaler Unsicherheit wirklich viel schwieriger, über Sprachgrenzen hinweg nicht nur miteinander zu reden, sondern sich auch zu verstehen, ja sich zu verständigen? Ein simples ökonomisches Argument spricht dagegen: Die fundamentale Unsicherheit erfasst im Prinzip mit den Spielregeln des Umganges mit Information auch die Spielregeln der Semantik. Aber wenn Semantik zum Problem wird, verliert die angestammte Sprache sehr erheblich von ihrem komparativen Vorteil als Medium der Kommuni-

kation; es wird dann vergleichsweise billiger, sich einer Fremdsprache zu bedienen. Und etwas weniger ökonomisch und vielleicht etwas weniger trivial formuliert: Die semantischen Probleme des Verstehens stellen sich in der Begegnung unterschiedlicher Sprachen offensichtlich und auch im Kontext fundamentaler Unsicherheit in vertrauter und erwartbarer Weise. Im Gespräch derjenigen, die die gleiche Sprache sprechen, wirkt eine semantische Ambivalenz ungleich irritierender. Vermutlich fällt es leichter, im Gespräch mit Angehörigen der fremden Sprache konstruktive interpretierende Phantasie walten zu lassen, als im Gespräch mit Angehörigen der eigenen Sprache, weil man hier den Partner im Regelfalle ganz simpel beim Wort nehmen kann. Nochmals anders gewendet: Im Kontext der Unsicherheit wird unter Gleichsprachigen die Routine des Verstehens zum Problem, während unter den Angehörigen unterschiedlicher Sprachen die Bewältigung eben dieses Problems Routine ist.

Grenzen setzende Kommunikationsfähigkeit braucht sich auch nicht unbedingt an die Grenzen der sozialen Schichten, Klassen oder Regionen zu halten. Gewiss vollziehen sich die hier angesprochenen Prozesse verstehens- und verständigungsorientierter Kommunikation innerhalb sozialer Netzwerke, wie sie sich schichtspezifisch – und gleichzeitig schichtprägend – im Vorfeld der Entstehung eines Unsicherheitskontextes ausgebildet haben, besonders intensiv und vielleicht auch mit grosser Wirkung auf die Kommunikationsfähigkeit der Teilnehmer. Andererseits scheinen theoretische Überlegungen und die verfügbare Erfahrung sehr dafür zu sprechen, dass sich im Kontext fundamentaler Unsicherheit neue soziale Vernetzungen, neue soziale Bewegungen und soziale Organisationen leichter formieren, als sie dies sonst tun.⁵ Sie appellieren mit besonderem Erfolg an Orientierungsbedürfnisse prospektiver Mitglieder und überspielen so die Trittbrettfahrerprobleme, mit denen sie ausserhalb des Unsicherheitskontextes so sehr Mühe haben. Dabei gehört zu ihren orientierungsstiftenden Leistungen auch die Definition von Interessen- und Klassenlagen mit dem Ergebnis, dass die Formation dessen, was sich schliesslich als Interessengruppierung begreift, nicht bei Interessen ansetzt, sondern eben – und zwar durchaus über Grenzen alter kommunikativer Vernetzungen hinweg – aus einer Interpretationsleistung hervorgeht.⁶ So wird der Unsicherheitskontext zum Schmelztiegel, in dem gesellschaftliche Formationen an Festigkeit der Struktur verlieren und an Prägbarkeit gewinnen, bis sie in neuen Vernetzungen und neuen Interessenzuschreibungen wieder erstarren.

All dies – erhöhte Kommunikationsfähigkeit, Ansprechbarkeit und Mobilisierbarkeit vieler Menschen, erhöhte Prägbarkeit sozialer Formationen – hat keineswegs notwendigerweise Nationalismen zur Konsequenz, gibt ihrer Durchsetzung aber eine erhöhte Chance, gibt der Intersubjektivierung des mentalen Konstrukts «Nation» eine einzigartige Chance. Denn erhöhte Kommunikationsfähigkeit ist Bedingung

bare Traditionsbestände machen das Konstrukt im wesentlichen schon aus. Oder soll man von «Nationalismus» erst dann reden, wenn er sich in koordiniertem Handeln vieler individueller Akteure manifestiert und damit Wirkung zeitigt? Es wäre dies recht unzweckmässig. In ihrer Wirkung verbinden sich die bislang angesprochenen Momente der Nationalismen mit Strategien von Akteuren und Instanzen, die wieder Tritt gefasst haben, für die sich die Lage geklärt hat, die zukunftsbezogen und absichtsvoll zu handeln sich zutrauen, und die nun die Kommunikationsfähigkeit, die Ansprech- und Mobilisierbarkeit vieler Menschen in Dienst nehmen. Zweckrationalität im Sinne der Ökonomie und wohl definierte Interessen bringen sich zur Geltung. Wenn Alexander Gerschenkron von der Bedeutung nationalistischer Ideologie für rasche wirtschaftliche Entwicklung unter Bedingungen relativer Rückständigkeit sprach,⁷ so hat er damit wohl kaum die Investitionsentscheidungen des *crédit mobilier* auf Inhalte des mentalen Konstrukts «*nation française*» zurückführen wollen. Diese Entscheidungen haben sich zweifellos an einem zweckrationalen Kosten-Nutzen-Kalkül ausgerichtet. Gleichwohl war nationale Ideologie im Spiel, wenn nun Handlungspläne durchgesetzt werden wollten: dank Kommunikationsfähigkeit, Ansprechbarkeit und Mobilisierbarkeit der Menschen.

Nur im Sinne einer Zwischenbemerkung sei darauf verwiesen, dass sich für die Schweiz der Gedanke, es sei der Unsicherheitskontext für die Konstruktion von Nationalismen ausschlaggebend, sehr gut zu bewähren scheint. Wir sind dabei in der glücklichen Lage, mit einem «Krisenkalender» arbeiten zu können, der sich seit langem am Begriff der fundamentalen Unsicherheit orientiert, «Krisen» in diesem Begriff definiert und Datierungen bzw. Operationalisierungen mithin nicht an konventionellen Konjunkturbeschreibungen ausrichtet.⁸ Während die gelegentlich postulierten Zusammenhänge zwischen rein ökonomischen Wechsellagen und der Virulenz von Nationalismen offenbar weiterhin ihre Probleme aufzuwerfen scheinen, stösst zumindest die chronologische Zuordnung nationalistischer Regungen einerseits und fundamentaler Unsicherheit andererseits auf ähnliche Probleme nicht – zumindest nicht für die Schweiz. Die Zuordnung ist leicht belegbar, entsprechend stark die Anregung zu problemgerechter Theoriebildung, wie wir sie zu betreiben eben versucht haben.

War Nationalismus am Werk in der Gründungsphase des schweizerischen Bundesstaates?⁹ Wie verhält sich schweizerischer Nationalismus zur Autonomie der Regionen? Die theoretischen Vorüberlegungen verleihen diesen Fragen erhöhte Prägnanz. Sie begründen die Erwartung, es habe sich im Vorfeld der Gründung des Bundesstaates, in einem Kontext fundamentaler Unsicherheit, virulenter Nationalismus angekündigt, erhöhte Kommunikationsfähigkeit, Ansprechbarkeit und ■ 123

Mobilisierbarkeit von Menschen begründet und damit für politische Strategie eine verbesserte Durchsetzungschance eröffnet. Zweitens seien genau diese Kommunikationsfähigkeit, Ansprechbarkeit und Mobilisierbarkeit der Koordination individuellen Handelns über Kantonsgrenzen hinweg in einer Weise zugute gekommen, die die institutionelle Unifizierung des Landes zwar nicht erübrigt, aber immerhin in bloss bescheidenem Ausmasse erforderlich gemacht habe. Dies ist zu zeigen.

Evident ist die Bedeutung eines helvetischen Nationalismus für die Konstruktion des Bundesstaates ja nicht. Eine der älteren Interpretationen legt den Akzent auf manifeste ökonomische Motive, die in bürgerlich-unternehmerischen Kreisen die Bereitschaft erzeugt haben sollen, Kosten zu tragen zur Sicherstellung gewisser öffentlicher Güter auf der Ebene des Bundes. Es sei ganz wesentlich um die Integration der regionalen Güter- und Arbeitsmärkte gegangen, die Binnenzölle und den Münzwirrwarr habe man beseitigen, Masse und Gewichte vereinheitlichen wollen. Überdies habe sich die Schaffung einer handlungsfähigen Bundesinstanz aufgedrängt, der man die Aussenpolitik, insbesondere die Aussenhandelspolitik habe übertragen wollen – im wohlverstandenen Interesse international intensiv vernetzter Industrien. Entsprechende Bemühungen lassen sich belegen, Zielformulierungen hat man bekannt gemacht, die Argumente verweisen klar auf den volkswirtschaftlichen Gewinn, den man sich versprochen hat. Durchaus einleuchtend, für Zeitgenossen genau so wie für spätgeborene Historiker, hören sich auch die Gründe an, die man zugunsten supranationaler Bundesbehörden vorbrachte. Nach dem Bundesvertrag von 1815 erstreckte sich die Verbindlichkeit von wie auch immer zentral gefassten Beschlüssen allein auf solche Kantone, die den Beschlüssen die Zustimmung erteilt haben. Also liess sich über Kantonsgrenzen hinweg nur auf dem Wege des freiwilligen Konkordats legiferieren. Die Tagsatzung, die zentrale Bundesbehörde, bewahrte den Charakter einer Gesandtenkonferenz; eine Bürokratisierung gab es auf Bundesebene kaum in Ansätzen, und Bundesakten liessen sich von Tagsatzungsort zu Tagsatzungsort – es gab deren drei – bequem auf drei Pferdewagen verfrachten. Diesem Staatenbund liessen sich Aufgaben der Integration des Wirtschaftsraumes oder der Wahrung gesamt-eidgenössischer Interessen im Ausland kaum aufbürden. Wer Interesse hatte an entschlossener Wahrnehmung dieser Aufgaben, schien gute Gründe für den Kampf um supranationale Institutionen zu haben. Wie gut waren sie wirklich?

Wenn man den Leuten mehr auf die Hände als die Lippen schaut, verlieren die Gründe sehr erheblich an Plausibilität. Es ist sehr fraglich, ob die Binnenintegration der Märkte wirklich ein vordringliches Desideratum war. Die Führungssektoren der schweizerischen Industrie produzierten für ausländische Märkte auf der Grundlage importierter Rohstoffe. Ihre Vorleistungsverflechtungen innerhalb der Schweiz waren weniger wichtig, als es ihre Beziehungen zu den Weltmärkten gewesen sind.

124 ■ So bewegte man sich entweder auf der Ebene der grossen internationalen Geschäf-

te, oder man hatte Teil an den kleineren Geschäften der Region. Die Währungs-
vielfalt hat weder auf der einen noch auf der anderen Ebene sonderlich hohe Kosten
bereitet. Diskontfähige Wechsel weltläufiger Kaufleute blieben ein kostengünstiges
Zahlungsmittel im internationalen Geschäft, die lokale Währung deckte die Geld-
nachfrage an Ort und Stelle. Ärgerlich war es, gewiss, auf die Rohbaumwolle, die
man in New Orleans erstand, noch Binnenzölle bezahlen zu müssen. Man versteht,
dass man sich über sie beklagt hat. Aber wie sehr fielen sie ins Gewicht? Wie stark
war der Drang wirklich, ihre Abschaffung nicht nur zu fordern, sondern politisch
auch zu betreiben? Was hat diesen oder jenen Exportkaufmann dazu bringen
können, die privaten Kosten des schwierigen politischen Manövers zu tragen um
eines «social benefit», eines sozialen Gewinnes willen, der so offenkundig gar nicht
war? Und wenn man weithin von der Bedeutung des prospektiven sozialen Gewin-
nes tief beeindruckt gewesen wäre: Weshalb hat denn solche Überzeugung nicht
dazu ausgereicht, um Lösungen auf dem Konkordatswege herbeizuführen? Der
deutsche Zollverein bot sich als Vorbild an.

Im Grunde handelt es sich hier wie so häufig darum, das beobachtbare Handeln der
individuellen Akteure unabhängig von den langfristigen Konsequenzen ihrer Ent-
scheidungen zu erklären oder zu verstehen. Es ist ja nicht falsch zu sagen, die
Gründung des Bundesstaates habe sich schliesslich als kollektiv rational im Sinne
der Ökonomie erwiesen. Aber wenn dies auch nicht falsch ist, so erklärt es gleich-
wohl nicht, weshalb es zur Gründung kam, und erst recht macht es das individuelle
Handeln der massgeblichen Akteure nicht verständlich. Erklären und Verstehen
sind hier unseres Erachtens kaum zu leisten, wenn man sie nicht auf den Kontext
fundamentaler Unsicherheit bezieht, in dem die Gründung des Bundesstaates vor-
bereitet worden ist, und wenn man die kommunikativen Prozesse nicht beachtet, in
denen sich damals nationalistische Dispositionen verstärkt und die Intersubjekti-
vierung des mentalen Konstrukts «Nation» wohl beschleunigt vollzogen hat. Was
berechtigt dazu, die massgeblichen Entscheidungsvorgänge im Vorfeld der Grün-
dung des Bundesstaates mit einem Kontext fundamentaler Unsicherheit zu verbind-
en? Was spricht für den Gedanken, in solchem Kontext habe sich die angesproche-
ne Intersubjektivierung beschleunigt? Dazu wenigstens einige Impressionen.

Chronologisch lässt sich der Vorgang, in dem das Konstrukt des Bundesstaates
herangereift ist und kaum noch reversible Akte der Solidarisierung befürwortender
und ablehnender Kantone auf eine hegemoniale Lösung im Sinne der ökonomisch
und militärisch überlegenen Koalition der protestantischen, verhältnismässig stark
industrialisierten Mittellandkantone zustrebten, auf die vierziger Jahre eingrenzen,
vermutlich auf ungefähr eine halbe Dekade von 1842 bis 1848.¹⁰ Für diese Zeit-
spanne manifestiert sich fundamentale Unsicherheit innerhalb des Bereiches der
Ökonomie, im Kampf der Akteure um Institutionen der kantonalen politischen
Systeme und in fast grenzenloser Emotionalisierung der Auseinandersetzung um ■ 125

Jesuitenorden und um katholische Klöster auf aargauischem Territorium. Während sich damals die Entwicklung der deutschen Wirtschaft in einer Art und Weise gestaltet hat, die einige Interpreten von einem «take-off» hat reden lassen, haben sich in der Schweiz viele Entscheidungen genau so hinausgezögert, wie man dies im Kontext fundamentaler Unsicherheit eben erwarten würde: Die Bautätigkeit hielt sich auf tiefem Niveau, die Mechanisierung der Textilindustrie vollzog sich träge, obwohl es weder an marktlichen Anreizen noch an know-how gefehlt hat; zum Eisenbahnbau konnte man sich nicht entschliessen, weil Rechtsfragen ungeklärt blieben.¹¹ In den Kantonen rang man um Bestand oder um die Einführung liberaldemokratischer Verfassungen. Eine erste Welle erfolgreicher Bewegungen zur «Regeneration» kantonaler politischer Systeme mit dem Übergang zur Volkswahl der Behörden, zur Liberalisierung der Wirtschaftsverfassung und zur Reform der kantonalen Bildungsinstitutionen hatte auf Bundesebene die Formation polarisierter Lager der liberalen und der konservativen Kantone zur Folge mit dem Ergebnis blockierter Beschlussfassung. Wichtiger noch: Konservative Reaktionen sogar im Kanton Zürich haben deutlich gemacht, dass die «Regeneration» noch keine irreversiblen Tatbestände geschaffen hatten, dass liberal-demokratische Errungenschaften erst noch abzusichern waren; dies in einem Europa, in dem die Signale ohnehin nicht auf tiefgreifenden Strukturwandel gestellt waren. Und Überzeugungen hatten sich, wo man sie eben erst erworben hatte, unter Beweis zu stellen. Unter allen Gefährdungen, denen die liberal-demokratische Bewegung seitens des Auslandes ausgesetzt war, dürfte die Tätigkeit des Jesuitenordens insbesondere im Kanton Luzern nicht die bedeutendste gewesen sein. Aber die Jesuiten nahm man aufs Korn, publizistisch, dann mit der Waffe in der Hand, ja im Anschlag, um andere und auch sich selber von der Stärke der Leidenschaft zu überzeugen, mit der man dem liberalen Credo ergeben war oder doch hätte ergeben sein wollen. Denn noch standen die Überzeugungen erst gerade dabei, jene handlungsleitende Festigkeit zu erlangen, die das liberal-demokratische Experiment auf Dauer stellen konnte.

In solchem Kontext kam helvetischer Nationalismus zum Tragen mit dem Ergebnis erhöhter Kommunikationsfähigkeit, Ansprechbarkeit und Mobilisierbarkeit in den vernetzten Kreisen jener individuellen Aktoren, die schliesslich den Gang der Ereignisse auf Biegen und Brechen vorangetrieben haben. Und es kam, wie zu erwarten, zu neuen Vernetzungen, zu neuer sozialer Organisation, in der sich über regionale und soziale Grenzen traditioneller Gliederungen hinweg die Intersubjektivierung der Idee des einen demokratischen Vaterlandes fortgesetzt hat. Ein in seinen Aspirationen entfesseltes Vereinswesen hielt dabei die Ausdrucksformen, die Metaphorik, die Ritualistik bereit, über die sich ideologische Impulse in breitere Schichten der Bevölkerung transportieren liessen.¹² Bürgerliche informelle Netzwerke standen zum

wenn auch kaum von erheblichem Einfluss, die Grossloge der Freimaurerei, die unter dem höchst sprechenden Namen «Alpina» 1845 gegründet worden ist: Sie hat unter striktem Verzicht auf unmittelbare Politisierung ihrer Mitglieder orientierungsstiftende Leistungen erbracht, alten Gesinnungspatriotismus vermittelt, Gesprächsfähigkeit bei Menschen gestiftet, die bei aller Gemeinsamkeit bürgerlicher Herkunft unterschiedlichste Lebensgeschichten und politische Aspirationen erst zu neutralisieren hatten, wenn sie sich intellektuell gehaltvoller Seligkeit ergeben wollten. Und wohl erstmals in der Geschichte trat den Pfarrherren als einer eigentlichen Profession von Überzeugungsträgern die neue Profession der regenerierten Lehrerschaft entgegen mit ihren Seminarien als Zentren ideologischer Mission.

Und welches war das mentale Konstrukt, das hier vermittelt worden ist?¹³ Ich möchte von «Nationalismus» reden, weil über die zweifellos starken gesinnungs- und verfassungspatriotischen Ingredienzen hinaus nun doch die Idee des Gesamtstaates, der Nation zum Referenzpunkt geworden ist, auf den man die Postulate politischer und institutioneller Reform bezog. Und dieser Referenzpunkt liess sich aus den gesinnungs- und verfassungspatriotischen Denkfiguren nicht umstandslos herleiten. Vielmehr hat sich dieser Referenzpunkt wohl genau so konstituiert, wie wir dies für den Kontext fundamentaler Unsicherheit postuliert haben: Durch die Neigung des Gesprächs, den gemeinsam verfügbaren historischen Tatbeständen zu verfallen und zu bereden und zu beschreiben, was starken Teilen der Bevölkerung in ohnehin schon eingeübten, wenn auch nicht gefestigten Überzeugungen zu Gebote stand. Natürlich ist hier die doppelte Tatsache von überragendem Interesse, dass die Sprachgrenze zwischen den französischen und den deutschsprachigen Landesteilen keine Grenze der Meinungsbildung war, und dass die Konfessionsgrenze auf vier Jahrzehnte hinaus die ausschlaggebende war und blieb. Bekanntlich ist die Mehrzahl der katholischen Orte in den Bundesstaat hineingezwungen worden, und zwar mit der Gewalt der Waffen einer ad hoc gebildeten Bundesarmee. Überzeugungsarbeit war hier zunächst über Konfessionsgrenzen hinweg nicht zu leisten. Die Sprachgrenze erwies sich als durchlässig, Mehrsprachigkeit war keine Kommunikationsbarriere. Dies hat zunächst einen trivialen historischen Grund in verfügbaren Sprachkenntnissen der Eliten.¹⁴ Sprachkompetenz war eine unverzichtbare Ressource weltmarktorientierter Kaufleute, Financiers und Fabrikanten. Das calvinistische Genf und darüber hinaus die Kommunikationsgemeinschaft der Calvinisten überhaupt gehörten zu den Briefpartnern der Zwinglianer. Die Berner Aristokratie tendierte über die Dauer des Ancien Régime hinaus zur französischen Kultur und traktierte ihre waadtländischen Untertanen in deren französischer Muttersprache. Gleichwohl bleibt die Sprachbarrieren überschreitende Kommunikationsfähigkeit gerade im Vorfeld der Gründung des Bundesstaates ein erstaunliches Phänomen. Weshalb haben sich im einsetzenden nationalistischen Diskurs die Sprachblöcke nicht ausdifferenziert zu besonderen nationalen Gebilden? Weil die ■ 127

liberalen Eliten in den regenerierten Kantonen deutscher wie französischer Zungen in höchst ungesicherten Herrschaftsverhältnissen kein vordringlicheres Anliegen haben konnten, als ihr revolutionäres Regime auf Dauer zu stellen. Um dies zu erreichen, suchten sie den Rückhalt, wo immer er sich fand, diesseits oder jenseits der Sprachgrenze: bei den Gesinnungsfreunden aller übrigen regenerierten Kantone. So hat man über die Sprachgrenze hinweg aufeinander gezählt, so kam es auf Verständigung über die Sprachbarriere hinweg an, so hat man den Preis für diese Verständigung gezahlt.

Nationalismus hat regionale Autonomie nicht eingeschränkt, sondern überhaupt erst möglich gemacht. Für eine dezentrale Entscheidungsstruktur kann sich ein Staatswesen nicht schon deshalb entscheiden, weil diese von starken Gruppen der Gesellschaft für wünschbar gehalten wird. Eine dezentrale Entscheidungsstruktur muss einhergehen mit komplementärer Sicherung gesamtstaatlicher Entscheidungsfähigkeit überall dort, wo dies der jeweilige historische Kontext verlangt. Wir möchten abschliessend diesen Gedanken pointieren und zur Verdeutlichung auf die Modernisierungskrise beziehen, in die die Schweiz in den späten siebziger bis hinein in die frühen achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts geraten war.¹⁵

Die Pointierung des Gedankens setzt bei der Unterscheidung zwischen dem Institutionenbegriff der politischen Ökonomie und dem Begriff der kognitiven Struktur an, so wie wir ihn früher definiert haben. Institutionen sind Regeln des Handelns, die als staatlich oder informell sanktionierte Normen oder als internalisierte Zwänge die Handlungsspielräume der individuellen Akteure unabhängig von ihren Ressourcenbeständen begrenzen. Kognitive Strukturen sind jene Regelsysteme, die den Umgang der Akteure mit der für sie zugänglichen Information steuern und somit zweckrationales Handeln im Sinne der Ökonomie ebenso begründen, wie sie es begrenzen. Die Koordination individuellen Handelns wird nun offenbar durch beides gesteuert, durch verpflichtende Institutionen wie durch die Intersubjektivierung mentaler Konstrukte. Dabei ersetzen sich diese beiden Koordinationsmechanismen zumindest partiell; es braucht sie immer beide, aber eine gewisse Gleichstimmung der Seelen macht institutionelle Zwänge in Grenzen entbehrlich. Und beide Mechanismen werden wiederum von Koordinationsaufgaben überall dort ganz wesentlich entlastet, wo die Märkte bzw. die Änderung der relativen Preise erkennbar Zeichen setzen, an denen sich jeder einzelne nutzenstrebig orientiert. Natürlich hat die Entlastungsfunktion der Märkte gerade in der doch recht weitgehend liberal verfassten Wirtschaft der Schweiz des 19. Jahrhunderts die Koordinationsprobleme, die sich auf institutioneller und auf kognitiver Ebene noch gestellt haben, wesentlich entschärft. Regionale Autonomie als Ausdruck fehlender Bundeskompetenz war und

der Anpassung, in die der Gang der weltwirtschaftlichen Entwicklung diese oder jene Region eben hineingezwungen hat. Es blieb den Regionen völlig unbenommen, sich mit dem Schicksal ihrer notleidenden Branchen abzufinden; keinerlei Bundeshilfe hat sie daran gehindert. Für manches hat der Bund nur schon deshalb keine Kompetenzen beansprucht, weil man es nirgendwo politisiert hat.

Und gleichwohl haben sich schon diesseits, keineswegs erst jenseits von Angebot und Nachfrage Koordinationsaufgaben auf institutioneller und kognitiver Ebene gestellt, zum Beispiel solche der Entwicklung einer angemessenen Infrastruktur: Transport-, Bildungs- und Kreditangebote haben sich in der Schweiz genausowenig spontan aus individuell empfundenen Engpässen heraus ergeben wie anderswo; Engpässe waren erst als solche zu definieren, und auf Lösungen hatte man sich zu verständigen. Hier verdient nun die Tatsache Interesse, dass in allen drei Bereichen des Transport-, des Bildungs- und des Kreditwesens bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, teilweise darüber hinaus, die zweckdienliche Koordination der individuellen Handlungspläne von Bundes wegen kaum versucht und noch weniger mit Erfolg betrieben worden ist. Der Bau der Eisenbahnen überliess man der Initiative privater Gesellschaften, das Kreditwesen wurde zwar politisiert, aber den privaten Trägerschaften traten die Kantone, nicht etwa der Bund zur Seite; nicht einmal ein zentrales Noteninstitut hat man geschaffen.¹⁶ Und die äusserst zurückhaltenden Versuche des Bundes, dem kantonalen Schulwesen wenigstens gewisse Impulse zu verleihen, sind nach dramatischem Referendumskampf sehr entschieden zurückgewiesen worden.¹⁷ Wenn nun gleichwohl in all diesen Bereichen über recht rasante Entwicklungen angemessen entschieden worden ist, und zwar interregional durch eine Vielzahl von Instanzen, dann waren dafür Kommunikationsfähigkeit, Ansprechbarkeit und Mobilisierbarkeit individueller Akteure in hohem Masse verantwortlich.

Nationalismen haben Kommunikationsfähigkeit, Ansprechbarkeit und Mobilisierbarkeit gestärkt, über die Grenzen der Regionen, der Kantone, der Sprachgebiete hinweg, schliesslich auch hinweg über die Grenzen der Konfessionen. Bis in die Jahre des Kulturkampfes hinein blieb die konfessionelle Frage gewissermassen stillgelegt im Zeichen hegemonialer Kontrolle der im Sonderbundskrieg siegreichen liberal-demokratischen und protestantischen Kantone über die Bundespolitik; auch noch die Totalrevision der Bundesverfassung von 1874 setzte sich über konservative Widerstände seitens der Sonderbundskantone hinweg. Dies änderte sich während des folgenden Jahrzehnts, nicht zuletzt deshalb, weil die Institutionalisierung des Gesetzesreferendums auf Bundesebene, die unter liberal-demokratischem Einfluss Gegenstand der Verfassungsrevision geworden war, dem konservativen Lager in keineswegs antizipierter Weise sehr erhebliche Veto-Macht zugeschanzt hat.¹⁸ Nun hatte man auch auf Bundesebene mit den Katholiken zu rechnen, nun stellten sich Probleme der Verständigung über die Konfessionsgrenzen hinweg, ■ 129

nun liess man sich in einer langen Reihe von Abstimmungsniederlagen des liberaldemokratischen Regierungslagers von der Notwendigkeit neuer Formen interkonfessioneller Koordination des politischen Handelns überzeugen. Dies erzwang Kommunikation.

Zu den Bedingungen solcher Kommunikation gehörte – wir haben dies schon angedeutet – fundamentale Unsicherheit in der Modernisierungskrise der späten siebziger und frühen achtziger Jahre. Der Entscheidungsnotstand auf Bundesebene hat in der neuen Institution des Gesetzesreferendums nur eine seiner Erklärungen; eine andere hat man zweifellos in Koordinationsschwächen auf der Ebene kognitiver Struktur zu suchen. Solche sind von den Zeitgenossen in allen Periodika, in Pamphleten sonder Zahl und in sonstigen Verlautbarungen bitterlich beklagt worden. Wertezersfall hat man beschworen viel nachdrücklicher, als man dies selbst in der jüngsten Vergangenheit getan hat. Im Wirtschaftsleben hat man, ähnlich wie in den vierziger Jahren, äusserst zögerlich die Chancen erkannt, die sich aus nachfrageseitigen Verschiebungen und aus technischer Entwicklung an sich ergeben haben. Ein höchst kompetenter Beobachter der schweizerischen Industrialisierung meinte feststellen zu müssen, es habe diese ihren Höhepunkt überschritten. Überall hat sich fundamentale Unsicherheit handlungslähmend manifestiert. Aber greifbar und beschreibbar sind nun auch die Prozesse neuer Verständigung auf Struktur, und zu diesen Prozessen hat zeitgemäss, fristgerecht möchte man fast sagen, die Artikulation eines neuen, diesmal interkonfessionellen Nationalismus gehört.

Man ist auf diesen Nationalismus verfallen. Es wäre äusserst reizvoll, die Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen das Selektionsspiel kommunikativer Verständigung auf das neue mentale Konstrukt «Nation Schweiz» gespielt worden ist, und das Ergebnis dann aus solchen Bedingungen heraus herzuleiten. Man hat – dies ja die generelle Prämisse – den Kontrahenten nichts zumuten wollen, was für sie befremdlich gewesen wäre, nichts Befremdliches den Liberalen, nichts Schockierendes den Katholiken, nichts, was den anhebenden Tendenzen zur Verständigung sozialreformerischer Katholiken mit der damals stärksten Organisation der Arbeiterbewegung, den Grütlianern, zuwidergelaufen wäre. Um es nochmals zu sagen: Man hat den Kontrahenten nicht deshalb Befremdliches erspart, weil man sie dann um so leichter für diese oder jene Strategie politischen Handelns hätte gewinnen und einspannen können. Man hat Befremdliches gemieden, weil man, in allen Lagern, zunächst den kommunikationsträchtigen Gemeinsamkeiten verfallen ist: *faute de mieux*. Und die Gemeinsamkeiten liessen sich festmachen in der Rekonstruktion einer Vergangenheit, die man sich über all das hinweg vergegenwärtigt hat, was der Gegenwart zum Problem geworden war. So knüpfte man an historiographische Traditionen des Humanismus an und entwarf ein Bild jener

Konfessionen noch die Kämpfe um das liberal-demokratische Staatswesen auch nur im Entferntesten anzusprechen brauchte. Die professionelle Geschichtsschreibung hat dabei offenbar mit grossem Ernst kritische Textinterpretation betrieben und doch dem Zug der Zeit gehorcht, in die sozialen, politischen und ideologischen Auseinandersetzungen der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft nichts hineinzu-lesen als den Kampf des freien Schweizerbauern gegen die fast übermächtigen Fürsten böser Nachbarländer.¹⁹

Die Schweiz verfiel damals einer historisierenden Selbstdefinition, die sich ganz wesentlich an der Definition des äusseren Feindes festgemacht hat. In zeitgenössischen Analysen hat man dies auch recht präzise analysiert. Man sprach von der Schweiz als von einer «Willensnation», die sich im Laufe ihrer Geschichte durch Abgrenzung nach aussen, um ihrer Freiheit willen, gegen alle Widerwärtigkeit sprachlicher, konfessioneller, allgemein kultureller Heterogenität konstituiert habe.²⁰ Diese vom Berner Rechtsgelehrten Hilty vorgebrachte, merkwürdig voluntaristische Sicht der Dinge hat immerhin recht effektiv die Zweifel zerstreut, die ein Vertreter kultureller, ethnischer oder gar rassistischer Nationen-Konzepte an der Möglichkeit schweizerischer Nationalität hätte vorbringen müssen. War die Schweiz auch keine Willensnation, so war sie doch ein mentales Konstrukt.

Dem neuen geschichtsgesättigten Nationalbewusstsein hat man vielfältigen metaphorischen Ausdruck verliehen, die nationale Ikonographie ist aktualisiert worden, die Tradition der historischen Erinnerungsfeiern ist mächtig aufgelebt; die Sempacherfeier hat man 1886 zur Erinnerung an die Schlacht, die 500 Jahre zuvor geschlagen worden war, zum gewaltigen Gesamtkunstwerk ausgestaltet; unzählige Besucher aus katholischen und protestantischen Landen haben begeistert von ihren Eindrücken erzählt.

Was hat der neue Nationalismus bewirkt? Genauer: Was ist mit den Menschen geschehen, die diesem Nationalismus verfallen sind? Wie haben sie, nachdem sie im Gespräch mit anderen mit der Rekonstruktion von Traditionsbeständen vertraut geworden sind, gehandelt? Sie haben ihr zweckrationales Kalkül aufgemacht und die Kommunikationschancen genutzt, die sich aus erhöhter Kommunikationsfähigkeit, erhöhter Ansprechbarkeit und Mobilisierbarkeit ergeben haben, Chancen kostengünstiger sozialer Vernetzung, Chancen erleichterter Organisierbarkeit, auch über Konfessionsgrenzen hinweg, Chancen der Koordination von Realitätsdefinitionen nun auch im Blick auf die Zukunft. Die Selbstdefinition der Schweiz als Produkt ihrer Geschichte, diese höchst konservative Selbstdefinition hat Konstruktionen neuer Möglichkeiten des Handelns, und zwar in allen Bereichen des Lebens, enthemmt. Sie hat solche Konstruktionen enthemmt, aber nie und nimmer bezweckt. Dies der irrationale Charakter der Nationalismen. Auch über diese Irrationalität hat man nachgedacht in der Schweiz; das Ergebnis solchen Nach-

denkens hat man auf eine Formel gebracht: «providentia dei confusione hominum helvetia regitur»!

Unsere theoretischen Überlegungen sind abstrakt genug, um im Prinzip generalisierungsfähig zu sein. Sie haben uns dazu angeleitet, Entstehung und Bedeutung des schweizerischen Nationalismus in neues Licht zu rücken. Sind sie dazu in der Lage, die Probleme und die möglichen Leistungen dessen zu erhellen, was im Raum der Europäischen Gemeinschaft zur Zeit als «europäisches Denken» Einfluss nimmt, Ablehnung findet, neue Gestalt gewinnt, Selektionsspiele kommunikativer Verständigung anregt und gleichwohl dem verbreiteten Urteil Nahrung gibt, es habe wenig Macht über die Massen der Menschen? Die Europäische Gemeinschaft ist eben auf den Prüfstand einer Krise geraten,²¹ einer Krise zunächst nicht ihrer selbst, sondern der Gesellschaften, die ihr angehören. Kognitive und institutionelle Regelsysteme haben rapide an Stabilität verloren, fundamentale Unsicherheit beherrscht das Denken und das Handeln vieler Akteure in Politik und Wirtschaft; das Vertrauen in die Möglichkeit, verfügbare Erfahrung in Bilder der Zukunft umzuschmieden, hat sich weithin zersetzt. Der Verlust an Regelvertrauen manifestiert sich in der Zurückhaltung, mit der man verfügbare Ressourcen in realer Kapitalbildung irreversibel festlegt; sogar in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Wiedervereinigung doch scheinbar klar erkennbare Entwicklungschancen eröffnet zu haben schien, wird solche Zurückhaltung spürbar. Auch die politischen Systeme verraten wachsende Labilität ihrer Struktur; man beklagt zunehmende Unberechenbarkeit der Dynamik, die sich der Veränderung des Parteiengefüges bemächtigt hat. Organisationen der intermediären Ebene ringen um Legitimation, Gehör und Einfluss; nicht nur in England erodiert die alte Praxis der Verständigung der Sozialpartner. Ganz offensichtlich wachsen aber die Chancen auch einer grenzüberschreitenden Intersubjektivierung kognitiver Regelsysteme, die zur Grundlage und zum Inhalt eines wirkungsmächtigen «europäischen Denkens» werden könnte, oder wird die Krise zur Krise der Europäischen Gemeinschaft, weil sie nationalistische Introversion weit stärker begünstigt als grenzüberschreitende Interaktion? Vielleicht verhelfen uns theoretische Überlegungen wenn auch nicht zu einer Antwort auf diese zentrale Frage, so doch zur Schärfung des Bewusstseins für Tatbestände, auf die es ankommt.

Wir behandeln die Frage unter vier Gesichtspunkten, verweisen zunächst auf die Verteilung von Macht innerhalb der Gemeinschaft und ihre Bedeutung für die Intensität grenzüberschreitender Kommunikation, nehmen dann die Wahrscheinlichkeit ins Visier, mit der das Selektionsspiel der Kommunikation im Krisenkontext europäischem Denken Vorschub leistet, überlegen im nächsten Schritt, was zum Ergebnis eines europafreundlichen Selektionsspieles werden könnte, und abschliessend befassen wir uns mit möglichen Wirkungen grenzüberschreitender

Kommunikation auf das Mass an Autonomie, das die Gemeinschaft den Einzelstaaten oder ihren Gliederungen ohne Einbusse an Effizienz der Koordination individuellen Handelns gewähren kann.

1. Bei flacher Machtverteilung, so haben wir überlegt, hat keiner die Gelegenheit, Gespräche zu verweigern und Meinungen oder Ansprüche hegemonial durchzusetzen; unter Bedingungen fundamentaler Unsicherheit macht eine flache Machtverteilung verstehens- und verständigungsorientierte Kommunikation zumindest sehr wahrscheinlich. Dabei wären nun Kategorien von Machtträgern ins Bild zu bringen, von Repräsentanten der Macht. Wir haben uns zu beschränken und beziehen uns allein auf die Einzelstaaten der Gemeinschaft und ihre Regierungen. Da scheint nun weiterhin festzustehen, dass man höchstens der Bundesrepublik Deutschland die Chance gibt und den frevlerischen Mut zuschreibt, die Dinge mit Wirkung für andere eigenmächtig zu gestalten. Doch bewirkt genau dies nicht bloss unablässige Bezeugungen europäischen Denkens seitens der Bundesrepublik, sondern auch deutsche Bereitschaft, supranationale Gemeinschaftsregeln zu akzeptieren. Wie die Auseinandersetzungen um die Verträge von Maastricht bezeugen, bringt sich auch ein kleines Mitglied der Gemeinschaft dank seines Vetorechts sehr vernehmlich zu Gehör und erzwingt die Öffnung von Debatten, die man für abgeschlossen hielt. Natürlich belegt dies eine flache Machtverteilung ebenso wie die kommunikations-trächtige Wirkung, die von ihr ausgeht. Die Referendums-kämpfe um Maastricht machen die Gemeinschaft und die nationalen Positionsbezüge zu ihr zu einem erstrangigen Medienereignis in all ihren Mitgliedstaaten und provozieren eine gewaltige Zunahme grenzüberschreitender Referenzen. Ein wenig fährt da jeder in die Haut eines jeden; dass man sich da und dort auf die eigene Haut zurückbesinnt, verwundert nicht.

2. Steht zu hoffen oder zu befürchten, dass der aktuelle Krisenkontext die orientierungsbedürftigen Akteure in die kleinen Kreise der lokalen oder regionalen Gliederungen zurückverweist, in denen sie auch in bewegten Zeiten immerhin noch die vertraute Sprache sprechen und von Tag zu Tag die Kongruenz von vertrauten Denkmustern und vertrauten Aufgaben erfahren? Und wenn sich viele einzelne in die kleinen Kreise des Lebens zurückziehen: Behindert dies die Entfaltung jener Selektionsspiele grenzüberschreitender Kommunikation, in denen das Denken der Menschen «europäischem Bewusstsein» verfallen müsste? Man kann die erste Frage bejahen – und man wird sie, angesichts der einschlägigen historischen Erfahrung auch bejahen müssen –, ohne daraus zu schliessen, jene Selektionsspiele würden blockiert. Die lokalen und regionalen Kommunikationsgemeinschaften absorbieren Bewegungspotential und tragen zur Beruhigung der Verhältnisse bei, solange sie nicht ihrerseits in die Auseinandersetzungen um staatliche und über-

staatliche Ordnungen eintreten. Die Introversion der einen begünstigt durchaus die Entfaltung der Initiativen und der Durchsetzungsfähigkeit jener anderen, die im Krisenkontext eine erhöhte Prägbarkeit der Verhältnisse wahrnehmen und nun zur Prägung der Verhältnisse ansetzen, sobald sie nur zu wissen meinen, dass sie bewirken, was sie bewirken wollen. Regelvertrauen ist dafür die Voraussetzung, das sich gewinnen lässt in verstehens- und verständigungsorientierter Kommunikation. Sucht man sich im Lager derjenigen, die die Verhältnisse bewegen wollen, den Gesprächspartner diesseits oder jenseits der Grenzen des eigenen Landes?

Die Beobachtung bestehender Interaktionsmuster liefert eine schlüssige Antwort deshalb noch nicht, weil im Kontext der Krise auch die Interaktionsmuster flexibler werden und ganz neue soziale Vernetzungen eine Chance erhalten. Antizipierbar sind diese neuen Vernetzungen kaum, weil erst im Prozess der Vernetzungen selber und mit den Attributionen, die sich im Selektionsspiel der Kommunikation ergeben, die sozialen Tatbestände jene Bedeutung erhalten, die aus ihnen die Dispositionen zu spezifischen sozialen Vernetzungen hervorgehen lassen. Daher ist der Vorgang solcher Vernetzungen nur in Grenzen theoriefähig. Man möchte der Geschichte nicht vorgreifen, die sich ja offenkundig dazu anschickt, Antworten nach ihrem Geschmack, bei grosser Offenheit der Lage, zu erteilen. Immerhin könnte man über bemerkenswerte Vorgänge referieren, die in der jüngsten Vergangenheit zur Konsolidierung grenzüberschreitender Kommunikationsgemeinschaften geführt haben. Wir denken dabei an soziale Organisationen der intermediären Ebene und an eine gewisse Tendenz zu grenzüberschreitender Professionalisierung. Organisationen des Gewerkschaftswesens bringen sich auf europäischer Ebene verstärkt zur Geltung, auch und gerade diejenigen, die innerhalb nationaler Wirtschaftsräume in Bedrängnis geraten: Im Thatcherismus gewannen die englischen Gewerkschaftsführer in dem Masse Verständnis für den Nutzen europäischer Solidarität, in dem sie um Einfluss auf den englischen Arbeitsmarkt gebracht wurden.²² Interaktive Vernetzungen sind dabei auf Dauer gestellt worden. Im Jahre 1987, unmittelbar nach der Ratifikation der Einheitlichen Europäischen Akte, konstituierte sich die Europäische Föderation der nationalen Chemiegewerkschaften und gab sich das Ziel, eine «Informations-, Konsultations- und Konzertationsstruktur auf europäischer Ebene zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften» ins Werk zu setzen. Dies brachte Exponenten nationaler Organisationen an den Konferenztisch; fortan waren Reaktionsweisen ausländischer Partner mitzubedenken, wenn man Texte entwarf, Strategien schmiedete, vor allem: Was dem Test des grenzüberschreitenden Gesprächs nicht standhält, gewinnt die Selbstverständlichkeit nicht, die es haben muss, um wirklich handlungsleitend zu sein.²³

Im Jahr 1990 kam es zur Gründung einer «European Women Lobby», die als ein Dachverband der Frauenorganisationen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zunächst wohl nur ein weiteres Element bestehender Elitevernetzungen darstellt; aber es

könnte sein, dass der Dachverband zur Zentrierung von Aufmerksamkeit nationaler und lokaler Verbände und ihrer Mitglieder auf die Belange der Gemeinschaft Anlass gibt und das Bewusstsein weckt für die Interdependenz nationaler und europäischer Frauenpolitik. Eine beschleunigte Europäisierung der Debatten wäre das Ergebnis, eine Konvergenz der Problemdefinitionen und Thematisierungen. Dies käme europäischer Sozialintegration zugute ganz unabhängig davon, ob sich frauenpolitische Kompetenzen verstärkt in Brüssel ansiedeln oder nicht.²⁴ Vielleicht verdienen die Spuren eines Vorganges ganz besonderes Interesse, in dem sich Widerstände gegen europäischen Zentralismus, gegen zentralistische Entscheidungsregeln der Gemeinschaft ihrerseits europäisieren; in ersten Ansätzen scheint sich Opposition gegen Brüssel da und dort zwischenstaatlich zu bündeln, so etwa im Lager der Umweltbewegungen.²⁵ Europa gewänne an Kohärenz, wenn es zum Schulterschluss auch jener Kräfte käme, die sich auf Prinzipien der Subsidiarität berufen und für die Einzelstaaten grösstmögliche Autonomie verlangen: zum Schulterschluss in einer Bewegung, die solche Autonomie nicht fordern würde als ein Recht des Nationalstaates, sondern als ein Merkmal zweckmässiger Konstruktion der Gemeinschaft.

3. Selektionsspiele grenzüberschreitender Kommunikation vollziehen sich im Krisenkontext der Gegenwart mit wachsender Intensität. Wohin gravieren sie, wenn sie zum Erfolg, das heisst zu grenzüberschreitender Intersubjektivierung «europäischen Denkens» führen? Lassen sich Grenzen bezeichnen, die der Beliebigkeit des Ausganges solcher Selektionsspiele gesetzt sind?

Eine für Gemeinsamkeit des Denkens konstitutive Kommunikation bezieht sich auf gemeinsam ansprechbare und wechselseitig zumutbare Geschichte. Das Gespräch bemächtigt sich solcher Geschichte in neuer Deutung und in einem Prozess der Konstruktion von Interpretationen und Reinterpretationen, die die Erfahrungsbestände in unbestimmter Art und Weise transzendieren. Aber bei aller Offenheit der Ausgänge bleibt das Gespräch auf das bezogen, was sich dem Verständnis der Gesprächspartner, auch ihrer Gesprächswilligkeit nicht entzieht. So bewegt es sich, wenn es denn überhaupt geführt wird, als Selektionsspiel verstehens- und verständigungsorientierter Kommunikation, auf jene Räume zu, die nicht verstellt sind von sperrigem Schutt diskriminierender Sondergeschichten der Nationalstaaten, der Konfessionen, der Sprachräume. Es legt sich nolens volens eine europäische Geschichte zurecht, in der Ursprünge und Konsequenzen nationalistischer Fragmentierungen zur Pathologie einer auf alle Zukunft hin zu vermeidenden Verformung dessen werden, was die Identität «Europas» schliesslich ausmacht. Da liegt es nun nahe anzunehmen, die europäische Zukunft sei in der Möglichkeit beschlossen, dem Universalismus der Aufklärung eine neue Chance zu geben. Die Europäische Gemeinschaft müsste zerfallen, wenn sie nicht aufs neue der Aufklärung verfiel, weil nur diese die Argumentationszusammenhänge anbietet, auf die ■ 135

man als Angehöriger des einen Nationalstaates verweisen kann, ohne dem Angehörigen des anderen Nationalstaates Befremdliches zuzumuten.²⁶

Allerdings mag man einwenden, es fehle dem Universalismus der Aufklärung jene Differenzen bildende Exklusivität, die zur Grundlage eines spezifisch europäischen Selbstverständnisses werden könnte. Man scheint sich einer grenzenlosen Welt-Bürgerlichkeit zu öffnen, wenn man auf den Universalismus der Aufklärung zurückgreift. Vielleicht hat uns der Selbstanspruch der Aufklärung auf Universalität daran gehindert, die mächtigen Bestände an gemeinsamem Denken, die der Tradition der Aufklärung verpflichtet sind und die Menschen im europäischen Raum geprägt haben, in die Selbstbeschreibung Europas aufzunehmen. Auf die Frage, womit man sich denn zu identifizieren habe, wenn man sich mit Europa identifizieren wolle, scheint man immer noch eher auf Karl den Grossen als auf John Locke zu verweisen, trotz aller Selbstverständlichkeit, mit der man weithin den staatsphilosophischen Prinzipien der Aufklärung ergeben ist, doch könnte sich dies rapide ändern: mit wachsender Einsicht in die Schwierigkeit, die Welt so zu gestalten, wie dies dem Anspruch der Aufklärung entspräche. Würde man die Geltungsansprüche etwas zurücknehmen, könnte man sich leichter auf die Tatsache besinnen, dass es eine nicht den Weltbürger schlechthin, sondern die Bürgerinnen und Bürger europäischer Länder verpflichtende Tradition des Denkens gibt. Verständnis für die Multikulturalität unserer Erde wird solcher Besinnung nur förderlich sein.

4. Auf die Schweiz bezogen haben wir die Vermutung begründet, es könne ein Staatswesen seinen Regionen um so grössere Autonomie gewähren, je besser es integriert sei über das Denken der Menschen. Mit der Intersubjektivierung kognitiver Regelsysteme gleichen sich Entscheidungsprämissen individueller Akteure an. Dies gewährleistet jene Handlungsbereitschaft, die sich ansprechen lässt über wenig anspruchsvolle Anreize und Gesten, wenn das Staatswesen seine Bürger über die Grenzen der Regionen hinweg für eine gemeinsame Sache in die Pflicht nehmen will. Gemeinsame Überzeugungen machen institutionelle Zwänge zum Teil entbehrlich. Dies gilt mutatis mutandis zweifellos auch für die Europäische Gemeinschaft: Sozialpolitische Kompetenzen auf der Ebene der Gemeinschaft anzusiedeln macht nur Sinn im Dienst der Harmonisierung, wenn sozialpolitische Zielsetzungen der Einzelstaaten divergieren.²⁷ Eine Währungsunion zu schaffen drängt sich deshalb auf, weil eine Politik der Preisstabilität nicht überall mit gleicher Konsequenz befolgt wird, soziale Konsequenzen inflationärer Entwicklungen nicht überall die gleiche Bewertung erfahren, Inflationserwartungen divergieren und daher die Währungsparitäten nur schwer unter Kontrolle zu halten sind. Die Zentralisierung von Kompetenzen kompensiert Mängel und Defizite an ideologischer Integration.²⁸ Dass es zu solcher Zentralisierung überhaupt kam, hat seine Ursache im

verdanken hatten, in der sie sich zu den Bürgerinnen und Bürgern der Einzelstaaten befanden und befinden.

Im Krisenkontext der Gegenwart gewinnen die Selektionsspiele verstehens- und verständigungsorientierter Kommunikation für einen Augenblick der Geschichte an Bedeutung, während Entscheidungen über institutionelle Regelsysteme blockiert bleiben. Über Zentralisierung lässt sich jetzt nur mühsam entscheiden, aber um so intensiver lässt sich darüber reden. Zentralisierung wird zum Katalysator europäischer Debatten, die zunächst mehr Einfluss haben auf das Denken der Menschen als auf die Institutionen der Gemeinschaft. Die Krisengeschichte moderner Gesellschaften illustriert eindrücklich die Sequenz der Vorgänge, in denen sich immer wieder im ersten Schritt die Regeln des Denkens, im zweiten Schritt die institutionellen Regelungen geklärt haben. Beobachten wir zur Stunde solche Vorgänge im europäischen Raum? Dann dürfte man von Chancen reden, neue Regeln des Denkens einzuüben, die dem Koordinationsbedarf der Gemeinschaft entsprechen, Dispositionen zu ideologischer Integration verstärken und den Spielraum erweitern, der offen bleibt für partielle Sicherung der Autonomie von Mitgliedstaaten.

Anmerkungen

- 1 Wir bedanken uns für kritische Anmerkungen und Anregungen zum Text vor allem bei Frau Margrit Müller und den Herren Martin Dahinden und Kurt Imhof sowie bei den Mitgliedern des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte.
- 2 Unsere theoretischen Überlegungen beruhen auf Hansjörg Siegenthaler, *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen: Unregelmässigkeiten wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und Lernens*. in: Karl Homann (Hg.), *Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften*, Tübingen 1993, vor allem die Kapitel 1–3. – Entscheidende Anregungen verdanken wir der «new institutional economics» und lern- und diskurstheoretischen Ansätzen. Vgl. dazu Peter L. Berger u. Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a. M. 1970; Geoffrey Brennan, James M. Buchanan, *The Reason of Rules – Constitutional Political Economy*, Cambridge 1985; Hans G. Furth, *Intelligenz und Erkennen, die Grundlagen der genetischen Erkenntnistheorie Piagets*, dt. Frankfurt 1976; Orig. *Piaget and Knowledge, Theoretical Foundations*, New Jersey 1969; Niklas Luhmann, *Vertrauen, ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, 2. erw. Aufl., Stuttgart 1973; Niklas Luhmann, *Soziale Systeme, Grundriss einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a. M. 1984; Humberto R. Maturana, «Kognitiona», in: Siegfried J. Schmidt, *Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus*, Frankfurt a. M. 1987, 89–118; Herbert A. Simon, «Theories of Decision-Making in Economics and Behavioral Science», *The American Economic Review*, Bd. XLIX, Nr. 3 (1959), 253–283.
- 3 Diese Überlegungen stimmen kritisch gegenüber der Meinung, es lasse sich die Konstruktion nationalistischer Ideologie als interessenabhängige Strategie von Machteliten begreifen; im Krisenkontext verfallen auch Eliten ihren Versuchen zur Konstruktion der Wirklichkeit mehr, als dass sie sie beherrschen. – Anders Eric Hobsbawm, Terence Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983; dazu kritisch Anthony D. Smith, «The Nation: Invented,

- Imagined, Reconstructed?», *Millenium, Journal of International Studies*, Bd. 20, Nr. 3 (1991), 353–368; vgl. auch Eric J. Hobsbawm, *Nations and Nationalism Since 1780*, Cambridge 1990; Benedict Anderson, *Imagined Communities: Reflections on the Origins and Spread of Nationalism*, London 1983.
- 4 Versuche, die Geschichte schweizerischer nationaler Identität als Prozess gesellschaftlicher Konstruktion zu begreifen, liegen vor im Aufsatzband, der von Guy P. Marchal und Aram Mattioli herausgegeben wurde: *Erfundene Schweiz. Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich 1992.
 - 5 Über die Bedeutung des Krisenkontextes für die Ausbildung sozialer Kollektive vgl. Thomas Gerlach, *Organisation und kollektive Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schweizer Textilindustrie 1935 bis 1955: Eine Studie zur Logik kollektiven Handelns*, Diss. Universität Zürich, Ms., 1992; Hansjörg Siegenthaler, «Soziale Bewegungen und gesellschaftliches Lernen im Industriezeitalter», in: Martin Dahinden (Hg.), *Neue soziale Bewegungen und ihre gesellschaftlichen Wirkungen*, Zürcher Hochschulforum Bd. 10, Zürich 1987, 251–264; Hansjörg Siegenthaler, «Organization, Ideology and the Free Rider Problem», *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Bd. 145 (1989), 215–237.
 - 6 Vgl. dazu Niklas Luhmann, *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a. M. 1984, 160.
 - 7 Alexander Gerschenkron, *Economic Backwardness in Essays*, Cambridge, Mass. 1962, 24.
 - 8 Der ausschlaggebende ökonomische Krisenindikator ist dabei eine rückläufige Bewegung der realen Kapitalbildung: Jutta Schwarz, *Bruttoanlageinvestitionen in der Schweiz von 1850 bis 1914. Eine empirische Untersuchung zur Kapitalbildung*, Bern 1981; Hansjörg Siegenthaler, «Kapitalbildung und sozialer Wandel in der Schweiz, 1850 bis 1914», in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 193, Heft I (1978), 1–29; Hansjörg Siegenthaler, «Krisen und ihre Beilegung im schweizerischen Bundesstaat», in: *Die Orientierung*, hg. von der Schweizerischen Volksbank, Bern 1991; Manuel Eisner, *Politische Sprache und sozialer Wandel. Eine quantitative und semantische Analyse von Neujahrsleitartikeln in der Schweiz von 1840 bis 1987*, Zürich 1991. – Wir sind der Meinung, dass die Virulenz nationalistischer (bzw. imperialistischer) Ideologie auch in der Geschichte der USA Deutschlands und Englands aufs engste auf Krisenlagen bezogen ist. Dies wird allerdings nur deutlich, wenn man statt Kondratieffscher Trendperioden die Strukturperioden als Referenzrahmen verwendet, wie sie von Kuznets und seinen Schülern schon datiert worden sind, und wie sie nun unter der Bezeichnung «Kuznets-Zyklen» diskutiert werden. Dazu der ausgezeichnete Beitrag von Solomos N. Solomou, *Phases of Economic Growth 1850–1973: Kondratieff Waves and Kuznets Swings*, Cambridge 1987.
 - 9 Die Schweizergeschichte hat sich der Thematik des Nationalismus in jüngster Zeit mit neuer Intensität zugewandt. Die 1991 kalendarisch gebotene Besinnung auf die Anfänge der Eidgenossenschaft gab dazu einen äusseren Anlass – und Gelegenheit zur Feststellung, es befinde sich die «schweizerische Identität» in einer Krise. Mittlerweile ist überdeutlich geworden, wie einmal mehr die Rückbesinnung auf nationale Identität die Befindlichkeiten der Menschen im Krisenkontext reflektiert. – Neuere Beiträge zum Thema: Francois De Capitani, Georg Geremann, «Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848–1914, Probleme – Errungenschaften – Misserfolge», 8. *Kolloquium der Schweizerischen Akademie der Geisteswissenschaften*, Freiburg 1985; Hans Ulrich Jost, «Politique culturelle de la Confédération et valeurs nationales», *Histoire et Société contemporaines*, Bd. 6, Lausanne 1987; Guy P. Marchal, «Die Antwort der Bauern: Elemente und Schichtungen des eidgenössischen Geschichtsbewusstsein im späten Mittelalter», in: Hans Patze (Hg.), *Geschichtsschreibung und Geschichtsbewusstsein im späten Mittelalter*, Sigmaringen 1987, 757–790; Jean-François Bergier, *Guillaume Tell*, Paris 1988; Georg Kreis, «Nationale Identität», in: *Nationales Forschungsprogramm 21: Kulturelle Vielfalt und nationale Identität*, Info 21, Heft 11 (1990); Matthias Weisshaupt, *Bauern, Hirten und «frume edle puren». Bauern- und Bauernstaatsideologie in der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft und der nationalen Geschichtsschreibung der Schweiz*, Diss. Zürich 1990; Barbara

- Helbling, Verena Rutschmann, «Schweizerisches Selbstverständnis in der Literatur für Kinder und Jugendliche», in: *Nationales Forschungsprogramm 21, kulturelle Vielfalt und nationale Identität*, Info 21, Heft 12 (1990), 2–5; *Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel*, hg. vom schweizerischen Sozialarchiv, Zürich 1991; Roger Sablonier, Matthias Weisshaupt, «Die alte Schweiz als «Bauernstaat»», in: *Nationales Forschungsprogramm 21: Kulturelle Vielfalt und nationale Identität*, Basel 1991; Andreas Suter, «Krise und Krisenbewältigung im Ancien Régime: Der «Grosse schweizerische Bauernkrieg 1653»», in: *Die Orientierung*, hg. von der Schweizerischen Volksbank, Heft 99 (1991), 19–28; Georg Kreis, *Helvetia – im Wandel der Zeiten, die Geschichte einer nationalen Repräsentationsfigur*, Zürich 1991; Ulrich Im Hof, *Mythos Schweiz, Identität – Nation – Geschichte, 1291–1991*, Zürich 1991. – Grundlegend unter anderem Fritz Ernst, *Die Sendung des Kleinstaats*, Zürich 1940; Daniel Frei, *Die Förderung des schweizerischen Nationalbewusstseins nach dem Zusammenbruch der Alten Eidgenossenschaft 1798*, Zürich 1964; Karl Schmid, *Die Schweiz zwischen Tradition und Zukunft, Ansprachen und Aufsätze aus 25 Jahren*, Schaffhausen 1991.
- 10 Zur Gründungsgeschichte des schweizerischen Bundesstaates: Jean-Charles Biaudet, «Der modernen Schweiz entgegen», in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, Bd. 2, Zürich 1977, 871–986; Erwin Bucher, «Die Bundesverfassung von 1848», in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, Bd. 2, Zürich 1977, 987–1015; Gerorges Andrey, «Auf der Suche nach dem neuen Staat (1798–1848)», in: *Geschichte der Schweiz – und der Schweizer*, Bd. II, Basel 1983, 177–308; Roland Ruffieux, «Die Schweiz des Freisinns (1848–1914)», in: *Geschichte der Schweiz – und der Schweizer*, Bd. III, Basel 1983, 9–100; Alfred Kölz, *Neuere Schweizerische Verfassungsgeschichte, ihre Grundlinien vom Ende der Alten Eidgenossenschaft bis 1848*, Bern 1992.
 - 11 Zur Wirtschaftslage im Vorfeld der Gründung des Bundesstaates vgl. Bernhard Beck, *Lange Wellen wirtschaftlichen Wachstums in der Schweiz, 1814–1913. Eine Untersuchung der Hochbauinvestitionen und ihrer Bestimmungsgründe*, Bern 1983; Peter Dudzik, *Innovation und Investition. technische Entwicklung und Unternehmerentscheide in der schweizerischen Baumwollspinnerei, 1800 bis 1916*, Zürich 1987.
 - 12 Zur schweizerischen Vereinsgeschichte vgl. Ulrich Im Hof, *Die Entstehung einer politischen Öffentlichkeit in der Schweiz, Struktur und Tätigkeit der Helvetischen Gesellschaft*, unter Mitarbeit von A. Hadorn und C. Weber-Hug, Bern 1983; Ulrich Im Hof, François de Capitani, *Die Helvetische Gesellschaft. Spätaufklärung und Vorrevolution in der Schweiz*, Bd. 1, Frauenfeld 1983; Hans Ulrich Jost, Albert Tanner (Hg.), «Geselligkeit, Sozietäten und Vereine», in: *Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Heft 9, Zürich 1991; Ulrich Im Hof, *Mythos Schweiz, Identität – Nation – Geschichte, 1291–1991*, Zürich 1991, bes. 118; Im Hof beschreibt unter anderem die Gründungswelle schweizerischer (Elite)Vereine zur Zeit französischer Hegemonie zu Anfang des 19. Jahrhunderts.
 - 13 Die Identität der Schweiz ist explizit als ein mentales Konstrukt zur Debatte gestellt worden unter dem Titel «Erfundene Schweiz – La Suisse imaginée»: Guy P. Marchal und Aram Mattioli (Hg.), *Erfundene Schweiz, Konstruktionen nationaler Identität*, Zürich 1992.
 - 14 Im Hof, *Entstehung*, bezeugt Sprachkompetenz der massgeblichen Eliten für die Phase der Formation des Bundesstaates – aber keineswegs für sie allein (203).
 - 15 Hansjörg Siegenthaler, «Konsens, Erwartungen und Entschlusskraft: Erfahrungen der Schweiz in der Überwindung der Grossen Depression vor hundert Jahren», *Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Bd. 119, Heft 3, 1983; Thomas Widmer, *Die Schweiz in der Wachstumskrise der 1880er Jahre*, Zürich 1992.
 - 16 Erst 1907 nahm die schweizerische Nationalbank ihre Tätigkeit auf. – Franz Ritzmann, *Die Schweizer Banken. Geschichte – Theorie – Statistik*, Bern 1973.
 - 17 Thomas Widmer, *Wachstumskrise*, 209–240.
 - 18 Leonhardt Neidhart, *Plebizit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums*, Bern 1970.
 - 19 Im Hof, *Entstehung*, 172
 - 20 Im Hof, *Entstehung*, 169 f. – Johann Caspar Bluntschli, *Der schweizerische Rechtsgelehrte*,

- vertrat 1875 als Professor der Universität Heidelberg die Meinung, es könne die Schweiz nur als «Werk der politischen Idee» dargestellt werden.
- 21 Verfasst am 16. September 1992, vier Tage vor dem französischen Referendum über den Vertrag von Maastricht.
 - 22 Dazu Anthony Sampson, «Power and Democracy, Anatomy of Britain 1992», *Independent*, March 26 1992, 9: «The Trade Union Congress, once derided for its parochialism, is now more European-minded than the Cabinet.» – Es stellt sich hier die Gretchenfrage, ob mit den beobachtbaren Änderungen der Struktur des intermediären Systems die «differenzierten Institutionenordnungen» der Nationalstaaten so weit in Bewegung geraten, dass ihre Anpassung an Erfordernisse europäischer Integration möglich würde. M. Rainer Lepsius «Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft», in: Rudolf Wildenmann (Hg.), *Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union*, Baden-Baden 1991, 19–40, hat das Problem formuliert: «Wollte man aus diesen Nationalstaaten eine europäische Nation formen, müssten diese Strukturierungen aufgebrochen und überlagert werden. Im Krisenkontext erhalten die Anpassungen immerhin eine Chance.
 - 23 Wir verdanken aufschlussreiche Informationen Herrn Hans Schäppi, dem Präsidenten der schweizerischen Gesellschaft Textil, Chemie, Papier und Vizepräsidenten der eben gegründeten Dachgewerkschaft Bau und Industrie. Europäische Vernetzungen der Gewerkschaftseliten sind nicht bloss als Brüsseler Pressure Group anzusehen; sie bekommen Einfluss als Kommunikationsgemeinschaften, in denen sich ein kommunikatives Selektionsspiel *sui generis* vollzieht.
 - 24 Than-Huyen Ballmer-Cao, «Die Schweizer Frauen und Europa. Impulse von der EG-Gleichstellungspolitik», *Neue Zürcher Zeitung*, 16. 6.1992, 21. – Ballmer-Cao spricht von «Lern- und Sogwirkungen», die aus Kontakten zur EG und ihren Organen hervorgehen, von der Tatsache auch, dass «Information ein Schwerpunkt der EG-Gleichstellungspolitik» sei. Statt von «Information» könnte man von Orientierungsleistungen einer EG reden, die genau damit grenzüberschreitende Intersubjektivierungsprozesse fördert.
 - 25 Man nimmt mit Interesse zur Kenntnis, dass die grüne Opposition gegen schweizerische Annäherungen an den EWR oder an die EG Kontakte sucht zu Gleichgestimmten des Auslandes. Vgl. dazu den Artikel «Grüne Partei gegen Neat, EWR und EG. Parteitag im Zeichen der Fundamentalopposition», *Neue Zürcher Zeitung*, 16. 9. 1991, S. 17.
 - 26 In polemischer Auseinandersetzung mit amerikanischem Konservativismus präsentiert Hirschman einen knappen Katalog der Rechte des Individuums, des Staatsbürgers und des Wirtschaftsbürgers, in dem sich in politisch brisanter Weise aufklärerisches Denken aktualisiert. Albert O. Hirschman, *The Rhetoric of Reaction. Perversity, Futility, Jeopardy*, Cambridge, Mass. 1991. – Fast ist man geneigt zu sagen, Hirschman vertrete einen an Marshall geschulten «Europäismus» gegen amerikanischen Irrtum. Thomas Humphrey Marshall, *Citizenship and social Class*, Cambridge 1950.
 - 27 Der Vertrag von Maastricht sieht für bestimmte Bereiche der Sozialpolitik – Arbeitsbedingungen, Mitspracherechte der Arbeitnehmer – Mehrheitsentscheidungen der EG-Gremien vor, eine Entscheidungsregel mithin, die Konsensfindung im Prinzip erübrigt und dezisionistische Entscheidungen erleichtert. Hier überwogen Harmonisierungsbedürfnisse gegenüber dem Interesse an konkreter Ausgestaltung der Verhältnisse; *Economist*, 14. 12. 1991, 29: *Europe – the deal is done!*
 - 28 Die geplante europäische Währungsunion und die Schaffung einer europäischen Zentralbank oder einer zentralbankähnlichen Institution sind nicht vorstellbar ohne strikte Regelbindung der Geldpolitik und Verzicht auf monetäre Feinsteuerung der Preis- und Konjunkturbewegung. Solche Regelbindung verlangt nur Konsens bezüglich der Regel, keine Übereinstimmung im Urteil über Wirtschaftslagen, nationale Interessen, Zukunftsperspektiven, die erforderlich wäre, um eine konsensfähige Politik der kurzfristigen Einflussnahme auf die jeweilige Konjunkturlage zu betreiben. Die Regelbindung reduziert dramatisch den Bedarf nach Intersubjektivierung von Konstruktionen der Wirklichkeit.

RÉSUMÉ**SUPRANATIONALITÉ, NATIONALISME ET AUTONOMIE RÉGIONALE: PRATIQUES DE L'ÉTAT FÉDÉRAL SUISSE – PERSPECTIVES DE LA COMMUNAUTÉ EUROPÉENNE**

Dans son article, l'historien Hansjörg Siegenthaler tente de répondre aux deux questions suivantes: dans quelle mesure le jeune Etat fédéral suisse a-t-il placé sous son autorité supranationale des Etats membres, enracinés historiquement, en qualité de petites «Nations» ou les a-t-il fondus, dans une nouvelle structure, en une «Nation» suisse? Pour quelles raisons et dans quel sens le «nationalisme» suisse a-t-il, d'une part, contribué à la constitution de la Confédération comme ensemble étatique et, d'autre part, influé sur la nature de l'autonomie régionale?

La thèse de l'auteur s'appuie sur le fait que les Nations se constituent dans un contexte de profonde insécurité. A cette grande insécurité correspond une difficulté de perception empêchant l'acteur de sélectionner, de classer et d'interpréter normalement des informations. Il en découle chez ce dernier une incapacité d'estimer les conséquences de toute action présente, de même que d'établir un rapport entre l'exploitation de ressources disponibles et les bénéfices escomptés. Les possibilités d'entreprendre une action rationnelle, au sens d'une rationalité visant à l'économie des ressources, s'effacent. Dans un contexte de grande insécurité, il convient d'abord de restaurer les conditions favorisant une action organisée rationnellement et d'exercer, dans le cadre d'un discours favorisant une meilleure connaissance et compréhension, la confiance en de nouveaux et anciens modèles de pensées.

Est-il légitime maintenant d'inscrire les différentes décisions qui accompagnent la création de l'Etat fédéral dans un contexte de grande insécurité? Rappelons que les faits étudiés se situent dans les années 1842 à 1848 environ. Au cours de ces quelques années, un sentiment de grande insécurité se manifeste dans la vie économique, dans la lutte pour les institutions du système politique des cantons et dans le conflit émotionnel autour des ordres jésuites et des couvents catholiques en Argovie. Ces événements servent de toile de fond au développement du nationalisme helvétique: l'idée de la nation ou de la Confédération comme ensemble étatique devient un point de référence autour duquel s'établissent les postulats politiques et les réformes institutionnelles. Ce phénomène entraîne chez les acteurs une meilleure aptitude à communiquer, à réagir et à se mobiliser, ces derniers ayant en dernier lieu exercé une influence sur le cours des choses. Par-delà les frontières régionales et sociales, de nouveaux réseaux et de nouvelles organisations voient le jour, prônant l'idée d'une patrie démocratique. A cette époque, la Suisse élabore un discours identitaire qui repose sur les jalons historiques et qui se réfère essentiellement à la définition de l'ennemi extérieur: il est alors question d'une «Willensnation» (nation ■ 141

par volonté), d'un pays qui s'est constitué par une histoire commune, en se démarquant de l'extérieur, luttant pour sa liberté, malgré les clivages linguistiques, religieux et culturels. En ce sens, ce nationalisme n'a jamais limité l'autonomie régionale, mais au contraire il l'a favorisée.

Dès lors notre question peut se formuler ainsi: ces réflexions sur l'Etat fédéral suisse permettent-elles de saisir les problèmes et les contributions de ce qui acquiert actuellement de l'influence en tant qu'«esprit européen», qui se heurte à une opposition et qui trouve une nouvelle expression dans l'espace de la Communauté européenne. Siegenthaler évoque tout d'abord la répartition du pouvoir au sein de la Communauté et l'importance de celle-ci pour l'essor de la communication transfrontalière; en même temps, il examine si la probabilité que le processus de sélection de la communication dans le contexte actuel de crise favorise l'esprit européen. Il s'interroge ensuite sur les résultats d'un processus de sélection qui serait favorable à l'Europe. Enfin, il analyse les effets probables qu'une communication transfrontalière aurait sur le degré d'autonomie accordé à chacun des Etats par la Communauté.

(Traduction: Chantal Lafontant)